

Erdgasversorgung in Europa trotz Ukraine-Krise gesichert

Erdgasversorgung in Europa trotz Ukraine-Krise gesichert
Berechnungen des DIW Berlin: Europäische Union könnte möglichen russischen Lieferstopp durch die Ukraine kurzfristig überbrücken - Versorgungssicherheit hat sich erhöht - Dennoch weiterer Handlungsbedarf vor allem in osteuropäischen Ländern
Die europäische Erdgasversorgung ist trotz der politischen Krise zwischen Russland und der Ukraine kurzfristig sicher. Sollte Russland seine Lieferungen in und durch die Ukraine unterbrechen, könnten die Mitgliedsländer der Europäischen Union dies weitgehend kompensieren. Würde Russland aber einen kompletten Stopp über sämtliche Lieferwege verhängen, wären insbesondere die osteuropäischen EU-Staaten stark betroffen, Westeuropa jedoch wesentlich weniger. Das sind zentrale Ergebnisse einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Demzufolge hat sich die Versorgungssicherheit seit der letzten Erdgaskrise zwischen Russland und der Ukraine im Winter 2009 zwar erhöht, unter anderem weil die EU-Länder Erdgas aus mehr Ländern beziehen und Flüssiggasterminals, Speicher und neue Pipelines gebaut haben. Allerdings: "Europa ist in Sachen Versorgungssicherheit noch nicht ganz so weit, wie es sein sollte", sagt Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin. "Um sich mittelfristig noch besser gegen Lieferausfälle zu wappnen, muss die EU den Kreis ihrer Erdgaslieferanten weiter vergrößern, die bestehende Infrastruktur besser nutzen, für eine steigende Energieeffizienz sorgen und den Ausbau erneuerbarer Energien konsequent vorantreiben."
Die Bedeutung russischer Erdgasexporte nach Europa hat das DIW Berlin im Auftrag der Grünen-Fraktion des Europäischen Parlaments untersucht. Vor dem Hintergrund der derzeitigen politischen Krise und den Drohungen des russischen Erdgaskonzerns Gazprom, im Falle der Nichtbegleichung offener Rechnungen der Ukraine Anfang Juni des Gashahn abzudrehen, berechneten die DIW-Energieökonom die Folgen zweier Ausfallszenarien für das Jahr 2015. Deutschland käme relativ glimpflich davon
Bei einem Lieferstopp durch die Ukraine wären neben dem Land selbst in erster Linie Kroatien, Ungarn und Rumänien betroffen - diese Länder haben kaum Zugang zu Flüssiggas, das per Tanker geliefert werden könnte, und sind zudem nicht ausreichend in das europäische Pipelinenetz integriert, um genügend Ersatzlieferungen aus Nachbarländern erhalten zu können. Das Szenario, in dem Russland sämtliche Erdgasexporte stoppt, bekämen hingegen nahezu alle EU-Mitglieder in Form deutlich steigender Preise zu spüren, insbesondere das Baltikum und Finnland; dort würden die Preise um etwa 100 Prozent steigen.
Deutschland käme vergleichsweise glimpflich davon. Zwar deckt die Bundesrepublik etwa 38 Prozent ihres Erdgasverbrauchs mit Importen aus Russland, dennoch würden sich russische Liefereinschränkungen weitaus weniger stark auswirken als in anderen Ländern. Der Grund: Die Bedeutung der Ukraine als Transitland für Erdgaslieferungen aus Russland hat in den vergangenen Jahren abgenommen, seitdem die Nord-Stream-Pipeline als direkte Verbindung zwischen Russland und Deutschland in Betrieb gegangen ist. Da Deutschland auch an die in Weißrussland startende und über Polen verlaufende Jamal-Pipeline angeschlossen ist, kann es seine Lieferwege diversifizieren. Hinzu kommt: Mit einem Volumen von über 20 Milliarden Kubikmetern gibt es hierzulande große Speicherkapazitäten, die etwa einem Viertel des gesamten Erdgasverbrauchs entsprechen.
Erdgas bleibt wichtiger Pfeiler der europäischen Energieversorgung
Den Berechnungen des DIW Berlin zufolge wird Erdgas auch langfristig eine Rolle im europäischen Energiemix spielen: Der Verbrauch wird bis 2040 sogar noch leicht auf über 600 Milliarden Kubikmeter pro Jahr steigen. Da die Erdgasförderung in den EU-Ländern aber bereits seit mehr als einem Jahrzehnt rückläufig ist und auch künftig weiter sinken wird, steigt die Importquote weiter. Gleichzeitig sinkt jedoch der Anteil der Erdgasbezüge aus Russland von heute fast 35 Prozent auf gut 20 Prozent im Jahr 2040. Mit stärker diversifizierten Bezugsquellen und Lieferwegen wäre die europäische Erdgasversorgung auch bei dann steigender Importabhängigkeit gesichert. Die osteuropäischen Länder werden sich Bezugsquellen außerhalb der EU erschließen und zudem sowohl ihre Aufnahmekapazitäten für verflüssigtes Erdgas als auch ihre Pipelinekapazitäten erhöhen.
Ein wichtiger Bestandteil einer noch höheren Versorgungssicherheit sind zudem sogenannte Umkehrflüsse. Dabei handelt es sich um den Transport von Erdgas entgegen der ursprünglichen Flussrichtung, den technische Zubauten oder Umrüstungen ermöglichen. Allerdings sind solche Umkehrflüsse noch nicht in allen Pipelines eingerichtet. "Über diesen Weg könnte noch mehr Erdgas vom Westen in Richtung Osten strömen, also beispielsweise von Deutschland in potentiell von der Versorgung abgeschnittene Länder im Osten Europas", erklärt DIW-Forschungsdirektor Christian von Hirschhausen. Europäische Energieunion würde fossile Energieträger stärken
Den polnischen Vorschlag einer Europäischen Energieunion betrachten die DIW-Energieexperten unterdessen kritisch. Zwar sei es sinnvoll, sich mit Blick auf eine höhere Versorgungssicherheit enger abzustimmen - vor allem, weil der russische Gazprom-Konzern einzelnen EU-Ländern sehr unterschiedliche Verträge mit teilweise wettbewerbswidrigen Klauseln anbiete. Allerdings lege eine genauere Analyse offen, dass die Energieunion in erster Linie Ländern mit einem hohen Anteil fossiler Energieressourcen zusätzliche Mittel zu deren Entwicklung bereitstellen soll. Das sei mit den Klimazielen der Europäischen Union nicht kompatibel.
KURZ GESAGT
Claudia Kemfert (Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin): "Kurzfristig würde die Europäische Union im Falle russischer Lieferboykotts bei Erdgas mit einem blauen Auge davonkommen. Dafür wurde in den vergangenen Jahren einiges getan. Damit die Erdgasversorgung aber auch langfristig sicher ist, müssen die EU-Länder weiterhin neue Lieferquellen erschließen, die Energieeffizienz steigern und eine gemeinsame strategische Reserve einrichten. Russland ist ein wichtiger Erdgaslieferant und wird es auch bleiben. Die oftmals beschworene einseitige Abhängigkeit Europas gibt es nicht. Russland besitzt nur wenige Alternativen zum Export in die EU und erzielt hohe Einnahmen, die im Falle eines Lieferstopps wegfallen würden."
Christian von Hirschhausen (Forschungsdirektor am DIW Berlin): "Die eigentliche Achillesverse der europäischen Energiepolitik ist die Ukraine: Das Land steht wirtschaftlich sehr kritisch da und hat die letzten beiden Jahrzehnte nicht genutzt, um seine Energieeffizienz zu erhöhen und die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu reduzieren. Vor dem Hintergrund längerfristiger Auseinandersetzungen mit Russland sind gerade hier Anstrengungen notwendig, die hohen Effizienzpotentiale zu heben, die Abhängigkeit von russischen Erdgas- und Kernbrennstoffen zu reduzieren und somit auch die makroökonomische Situation zu stärken. Hierfür ist dringend technische und wirtschaftliche Hilfe aus dem Westen notwendig."
Reinhard Bütikofer (Ko-Vorsitzender der Europäischen Grünen Partei, Mitglied des Europäischen Parlaments): "Die DIW-Studie hat zum ersten Mal das Ausmaß von Gazproms Anteilen an der Energiewirtschaft innerhalb der Europäischen Union erfasst. Sie zeigt, dass eine explizite sicherheitspolitische Analyse dieser Situation durch die EU-Kommission nötig ist und dass entsprechende Konsequenzen ergriffen werden müssen, um zu verhindern, dass sich kritische Auswirkungen auf Europas Energiesicherheit und Wettbewerbsfähigkeit ergeben. Die EU-Kommission sollte die Regeln bezüglich des Erwerbs von strategischer europäischer Infrastruktur durch Nicht-EU-Unternehmen überprüfen. Für die Entwicklung einer europäischen Energieunion ist eine sicherheitspolitische Bewertung von Abhängigkeit im Infrastrukturbereich von großer Bedeutung."
DIW Wochenbericht 22/2014
Interview mit Claudia Kemfert
Pressestelle
Renate Bogdanovic
Sabine Fiedler
Sebastian Kollmann
presse@diw.de
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Telefon: +49-30-897 89-249, -252 oder -250
Telefax: +49-30-897 89-200
Mobil +49-174-319-3131
Mobil +49-174-183-5713
www.diw.de
http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=566011" width="1" height="1">

Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.